

# nachrichten

## Englische Schulen

Premierminister Mahathir Mohamad sagte am 6. Mai 2002, dass die Regierung die Neueinrichtung englischer Mittelschulen in Erwägung zieht, falls diese Idee auf öffentliches Interesse stößt und den Willen des Volkes widerspiegeln. Die große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt die Idee der Neueinrichtung englischer Mittelschulen, doch viele sind der Meinung, dass dabei mit Bedacht vorgegangen werden müsse, damit darunter nicht die Nutzung und Lehre der Bahasa Malaysia leide, wie es bei der älteren Generation der Fall war. Diese spricht heute zwar fließend Englisch aber hat große Schwierigkeiten beim Schreiben und Sprechen der Bahasa Malaysia. Daher sollten die englischen Mittelschulen die malaysischen nicht gänzlich ersetzen. Auch sollte nach Meinung der Bevölkerung Sorge getragen werden, dass der Status der Bahasa Malaysia als Nationalsprache nicht untergraben wird. Trotz dieser Bedenken sprechen sich jedoch große Bevölkerungsteile für eine weitere Förderung des Englischen als Fremdsprache aus, da die Beherrschung des Englischen, so ihre Begründung, insbesondere unter jungen Leuten sehr nachgelassen habe und Englisch als Welt- und Geschäftssprache in einer globalisierten Welt von ungeheurer Bedeutung sei.

vgl. *Sarawak Tribune*, 7. 9.5.02.

## Wirtschaft mit Wachstumsflaute

Die Produktivität Malaysias hat im Jahr 2001 einen Wert von 23,437 Ringgit erreicht, damit ist die Produktivität gegenüber der des letzten Jahres um lediglich 0,3 Prozent gewachsen. Von 1999 auf 2000 wurde ein Produktivitätswachstum von 6,1 Prozent verzeichnet. Die Wachstumsflaute ist auf den globalen Wirtschaftsabschwung zurückzuführen. Nach Aussage des von der Nationalen Körperschaft zur Überprüfung der Produktivität (NPC) herausgegebenen Produktivitätsreport 2001 liegt Malaysia vor Frankreich, Italien und Kanada. Im asiatischen Raum lässt Malaysia mit seinen 0,3 Prozent Produktivitätswachstum Thailand (-8,3 %), Südkorea (-1,9 %) Taiwan (-0,9 %) und Japan (-0,3 %) hinter sich,

während Singapur (1,5 %) und Indonesien (1,4 %) höhere Wachstumsraten erzielt haben. Für den Zeitraum zwischen 1996 und 2001 hat Malaysia ein Produktivitätswachstum von 3,3 Prozent zu verzeichnen, womit es weit vor den USA (2,3 %) und Großbritannien (1,6 %) liegt. Mit Ausnahme des Finanz- und Elektrizitätswesens sowie der Landwirtschaft weisen alle Wirtschaftsbereiche ein langsames Produktivitätswachstum als im Jahr 2000 auf. Vor allem Bergbau und herstellende Industrie haben Produktivitätsverluste zu beklagen. Die herstellende Industrie hat, ausgehend von einem Produktivitätswachstum im Jahr 2000 um elf Prozent, einen Produktivitätsrückgang um 3,4 Prozent zu verzeichnen.

Gleichzeitig ist die Produktivität der auf den inländischen Markt ausgerichteten Industrien um 4,9 Prozent und die der auf den Außenhandel spezialisierten sogar um 10,7 Prozent gesunken. Diejenigen auf Export ausgerichteten Industrien, die im Jahr 2001 ein Wachstum verzeichnen konnten, waren auf die Herstellung von Kälte-, Ventilations-, Lüftungs-, Luftreinigungs- und Klimatechnik (9,1 %) und die Herstellung von Büro-, Computer- und Rechanlagen (1,5 %) spezialisiert.

vgl. *New Straits Times*, 13.5.02

## Der Begriff Dayak soll geändert werden

Dayak, die übliche übergeordnete Bezeichnung für alle indigenen und nicht muslimischen Gruppen in Sarawak soll bald im öffentlichen Gebrauch durch die Bezeichnungen Iban und Bidayuh für See- bzw. Land-Dayak abgelöst werden. Obwohl ein Großteil der Iban-Gemeinschaft einen solchen Namenswechsel grundsätzlich befürwortet, um mit dem Wandel der Zeit zu gehen, merken einige Teile der Gesellschaft Bedenken an und sprechen sich lediglich für eine Streichung der Begriffe See und Land aus. Sie fürchten durch den Wegfall des zuvor lange Zeit vorherrschenden kollektiven Begriffs Dayak, welcher alle indigenen Gruppen Sarawaks wie die Iban, Bidayuh, Kelabit, Kayan, Kenyah, Penan, Bisaya und Muruts einschloss, eine weitere Fragmentierung und den Verlust der numerischen Stärke der indigenen Gruppen, welcher einen Bedeutungsverlust nach sich ziehen könnte. In vielen Situationen bezeichnen die Bidayuh, Sarawaks

zweitgrößte nicht-malaiisch-muslimische Gruppe, deren Hauptsiedlungsgebiete in Südsarawak liegen, sich selbst als Dayak Bidayuh. Ebenso die Iban, wie zum Beispiel im Fall der Sarawak Dayak Iban Association (Sadia), deren Vorsitzender Sidi Munan Politiker und Mitglied der Party Bansa Dayak Sarawak (PBDS) ist. Sowohl Sidi, selbst Iban, als auch der Vizepräsident der PBDS, Daniel Tajem, befürworten einen Bezeichnungswechsel, da ihrer Ansicht nach die Bezeichnung See-Dayak impliziert, dass die Iban lediglich von der See leben. Diese Bedeutung sei nicht angemessen, da Ibans traditionelle Jäger und Pflanzler seien. Hingegen befürchten andere Gruppen und ihre Sprecher, dass die Streichung des Begriffes Dayak erhebliche politische Nachteile mit sich bringen könnte, falls es durch den Wegfall des identifikationsstiftenden Kollektivbegriffs Dayak zu weiterer Zersplitterung unter den vielfältigen indigenen Gruppen Sarawaks kommt,

was eine Schwächung der numerischen Stärke nach sich zöge. Bisher wurden alle indigenen Völker unter dem Begriff Dayak als eine Minderheit verstanden. Dadurch bildeten diese nach den Chinesen und Malaien die größte Gruppe Sarawaks. Mit dem Namenswechsel würden sie politisch als separate Gruppen geführt werden. Eine Zersplitterung der Iban wird aufgrund ihrer Monolingualität weitestgehend ausgeschlossen, während die Bidayuh dieser Gefahr wegen ihrer verschiedensten Untergruppen und Dialekte stärker ausgesetzt sind. Neben der Streichung des Dayakbegriffs ist nach der zuletzt erfolgten Anerkennung der Muruts als eigenständige Minderheit die Aufnahme einer weiteren Minderheit unter der Bezeichnung Lun Bawang vorgesehen.

vgl. *Malaysiakini*, 8.5.02

## Pressefreiheit und Malaysiakini

Mit der Verbreitung des Internets als Kommunikationsmittel ist gerade in stark von politischer Zensur geprägten Staaten ein neues Schlupfloch entstanden, indem sich via E-mail und Internetauftritten seitens politischer Machteliten unterdrückte Nachrichten und kritische Kommentare schnell verbreiten lassen, ohne dabei sofort aufgedeckt werden zu können.

Auch in Malaysia hat sich eine solche Kultur entwickelt, deren Hauptvertreter die Online-Zeitschrift Malaysiakini ist, die durch ihre unparteiische Berichterstattung, ihren ermittelnden und hinterfragenden Journalismus und ihre Hintergrundgründe eröffnende Analysen und Kommentare eine große Leserschaft auf der nationalen und internationalen Bühne gewonnen hat. Dies war möglich, da die Regierung aufgrund des Versprechens gegenüber ausländischen Investoren der High-Tech-Branche das Internet unzensuriert zu halten, nicht in das Internetgeschehen eingreifen konnte und kann.

Doch am 3. Mai 2002, dem internationalen Weltpresstag, kam es, ausgelöst durch die Ereignisse der letzten Monate, zu einer neuen Diskussion zum Thema Pressefreiheit. Zwar wird, sicher zu Recht, Malaysia nicht in der durch das Committee to Protect Journalists (CPJ)

veröffentlichten Liste der zehn schlimmsten und gefährlichsten Orte für Journalisten aufgeführt, doch von Pressefreiheit kann auch hier keine Rede sein. Darauf lassen jedenfalls die Vorfälle schließen, die viele Journalisten um die Pressefreiheit im Internet bangen lassen. Während des Jahres war Malaysiakini kontinuierlich Zielscheibe der Regierung, welche für die Kontrolle des Inhalts von Internetseiten zuständig ist. Mit dem Verweis auf eine selten angewendete Akkreditierungsregel für Journalisten wurde ein Journalist von Malaysiakini am 5. März 2002 an der Teilnahme an einer Pressekonferenz des Innen- und Vizepremierministers Abdullah Badawi gehindert. Nach Angaben anderer malaysischer Zeitungen soll der stellvertretende Innenminister Chor Chee gesagt haben, dass für Malaysiakini tätige Reporter künftig von Regierungstätigkeiten ausgeschlossen werden sollen, da sie keine Publikationslizenz besäßen. Nach dem malaysischen Presse- und Publikationsgesetz muss die Lizenz für jede Publikation jährlich erneuert werden, jedoch benötigen Internetbetreiber keine solche Lizenz.

Dieser Vorfall ereignete sich, nachdem Malaysiakini ungerichtlich beschuldigt wurde, Gelder von der in Bangkok ansässigen Südasiatischen

Presseallianz (SEAPA), einer Vereinigung von Befürwortern einer unabhängigen Presse aus Indonesien, Thailand und den Philippinen, erhalten zu haben. Der Regierungsdruck gegenüber Malaysiakini setzte sich fort, als Premierminister Mahathir Mohamad am 5. März äußerte, dass Menschen, die Malaysia liebten Malaysiakini keine Unterstützung zukommen ließen, da es sich bei den Betreibern um Verräter handele, welche Ausländer bäten ihr Land zu beschmutzen. Weiterhin wurden im März zwei Ausgaben der Asiaweek und eine Ausgabe der Far Eastern Economic Review (FEER) erst mit großer Verzögerung für den Handel freigegeben. Der Erwerb zweier chinesischer Tageszeitungen, der Nanyang Siang Pau und der China Press durch die zweitgrößte Partei innerhalb der regierenden Koalition der Nationalen Front, der MCA, hat besonders unter den Chinesen berechtigte Besorgnis um die unabhängige Berichterstattung der Tageszeitungen hervorgerufen. Dies zeigte sich schon im November 2002, als die Nanyang Siang Pau einen vielgelesenen wöchentlichen Jugendteil, in welchem die Vielfalt der vertretenen Meinungen und Einstellungen zu politischen und gesellschaftlichen Fragen beleuchtet wurde, durch einen

# nachrichten

neuen, gänzlich apolitischen, mit »Vogue« betitelten Teil ersetzte. Schon zuvor wurde eine regelmäßig erscheinende Sonntagskolumne, in der häufig sehr kritische Standpunkte vertreten wurden, gänzlich gestrichen. Am 3. Mai eskalierte die Debatte um die Lizenzierung von Publikationen. Während einige die gänzliche Abschaffung des Presse- und Publikationsgesetzes forderten, sprachen sich andere für dessen Verschärfung und die Ausweitung auf das Internet aus. Auch gibt es Meinungen, in denen die Journalisten selbst der Selbstzensur bezichtigt werden. Andere halten dagegen und vertreten die Ansicht, dass Selbstzensur eine typische Reaktion auf restriktive Pressegesetze und subtil ausgeübten Regierungsdruck sei.

vgl. *Asiaobserver*, 20.2.02; *Malaysiakini*, 13.3., 3.5., 10.5.02; *The World Press Freedom Review* ([www.freemedia.at](http://www.freemedia.at)); *Committee to Protect Journalists* ([www.cpj.org](http://www.cpj.org)), 3.5.02; *Sarawak Tribune*, 11.5.02

## Tag der Arbeit endete mit 18 Verhaftungen

Was am 1. Mai 2002 eine friedliche Demonstration von Arbeitern im Zentrum Kuala Lumpur werden sollte, endete mit schweren Körperverletzungen und 18 Verhaftungen, darunter auch ein achtjähriger Junge. Auf etwa halber Strecke des alljährlich für die Arbeiterrechte stattfindenden friedlichen Demonstrationzuges von diesmal ca. 150 Personen, welche im Zentrum auf weitere Mitstreiter stoßen wollten, kam es zu einem erschreckenden Vorfall, als Polizisten des Dang Wangi Distrikts die Arbeiter und ihre Organisatoren plötzlich, ohne Vorwarnung und ohne vorhergehende Provokationen seitens

der Demonstranten angriffen. Hierbei kam es durch das rücksichtslose Vorgehen der Polizisten bei dem Versuch Transparenze, Spruchbänder, Kleidung und Flugblätter der Demonstranten an sich zu reißen, zu mehreren schweren Körperverletzungen. Auch der leitende Polizeioffizier des Distrikts Dang Wangi, Bakri Zinin, wurde gegenüber den an vorderster Front laufenden Demonstrationsredner und einen Journalisten, welcher er auch mit Arrest drohte, handgreiflich. Es wurde den Demonstranten kein Raum für Verhandlungen gelassen; zu Anfang wurde den Demonstranten sogar der Rückzug zu den

in der Nähe abgestellten Omnibussen verweigert. Erst eine Stunde später wurde das Besteigen der Busse polizeilich genehmigt, doch als die Organisatoren einigen Verletzten beim Besteigen der Busse halfen, wurden sie verhaftet. Insgesamt kam es zu 18 Festnahmen, darunter auch ein achtjähriger Junge, weil er ein Stirnband mit dem diesjährigen Demonstrationsslogan »Zurück zu den Arbeiterrechten« trug. S. Arutchelvan, einer der festgenommenen Organisatoren, meint dass der 1. Mai als Tag der Arbeitersolidarität sogar vom Staat anerkannt sei. Daher sei die Polizeiaktion nicht rech-

tens gewesen und könne als fundamentale Missachtung des grundsätzlichen Rechts der Arbeiter auf Versammlungsfreiheit in friedlichem Sinne ausgelegt werden. Die Hauptanliegen der insgesamt 50 Organisationen sind Minimallohne, Landrechte für Bauern und Indigene, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und ein Ende der Rassendiskriminierung. Weiterhin wird ein Ende der Nutzung des Arbeitnehmersparifonds zur Rettung alter Betriebe, ein Ende der Korruption und eine transparente, glaubwürdige, zuverlässige und verantwortungsbewusste Regierung gefordert.

vgl. *Malaysiakini*, 7.5.02